

## Weltgeist ums Eck

Das Revolutionäre an der Sozialdemokratie

(3/1977)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Deutschen Marx und Engels, nicht aber den Russen Lenin zu ihren geistigen Urvätern. August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Karl Kautsky waren persönliche Schüler des Dr. Marx, sein russischer Leser Lenin aber konnte praktisch-politisch nur mit jenen Passagen des „Kapitals“ etwas anfangen, in denen die Gesetzmäßigkeiten der ursprünglichen Akkumulation (Industrialisierung), also der Expropriation der Volksmassen von den Produktionsmitteln sowie die Unterordnung des Grundeigentums unter das Kapitalverhältnis, abgehandelt wurden.

Zwischen 1871 und 1917 galt für die russische Arbeiterklasse, daß sie - nach einem Wort von Lenin - hauptsächlich am Fehlen kapitalistischer Verhältnisse anstatt an diesen selbst litt. Nicht aber galt dies für das deutsche Industrieproletariat; sehr schnell wußte es die ökonomischen Vorteile zu schätzen, die ihm die großen Kapitale bieten konnten.

Das deutsche Industrieproletariat, seine Gewerkschaften und seine Partei, die SPD, haben die Quintessenz des wissenschaftlichen Hauptwerks von Karl Marx sehr gut begriffen: *Je entwickelter der Kapitalismus, desto reifer und stärker die eigene Klasse.* Je größer und „monopolistischer“ das Kapital, desto mehr wird der Produktionsprozeß vergesellschaftet.

*Allein die Vollendung des Kapitalismus erzeugt die ökonomischen Bausteine des Sozialismus.*

Wer heutzutage in Westdeutschland gegen das Großkapital ist, kann sich zwischen zwei Parteien entscheiden: CSU und DKP.

Franz Joseph Strauß hat mit Rücksicht auf breite kleinbürgerlich-mittelständische Stimmungen in seiner bayrischen Wählerschaft der Schmidt-Regierung die bevorzugte Förderung großkapitalistischer Wirtschaftsformen zum Vorwurf gemacht. Straußens militante Kleinkapitalisten haben, wenn nicht direkt bei Marx nachgelesen, so doch am eignen Klassenleib schmerzhaft erfahren: In der Zentralisation der Kapitale, die regelmäßig in der Krise sich beschleunigt, werden viele kleine Kapitale von wenigen großen geschluckt: Eine entsprechende Anzahl ökonomischer Charak-

termasken verliert die Freiheit des Profitmachens, die Vergesellschaftung der Arbeit nimmt zu, es wird sozusagen ein weiteres Stück Produktionssozialismus realisiert. Aus *diesem* Grund ist die Parole „*Freiheit statt Sozialismus*“ des letzten Wahlkampfes bei der mittelständischen Basis der bürgerlichen Volksfront CDU/CSU sehr gut angekommen.

Natürlich ist Strauß kein solcher ökonomischer Ignorant, aus seiner Polemik irgendwelche praktischen Schritte ableiten zu wollen. Aber einigen linken Großkapitalbeschimpfern wäre das durchaus zuzutrauen. Weswegen ihnen die proletarische Wählerschaft, historisch gewitzt und politisch gereift, wie sie ist, auch nicht die geringste Chance gibt. Denn der deutsche Prolet sieht sehr deutlich ein reaktionäres Klasseninteresse als gemeinsame Grundlage der Polemiken sowohl rechter Demagogen als auch linker Dummköpfe.

*Die Politik der SPD besteht in ihrem unveräußerlichen Kern in der Stützung und Entwicklung des Kapitalverhältnisses im allgemeinen, um das Proletariat zu sichern und zu vermehren.* Nicht zufällig sitzt der radikalste Mann der Schmidt-Regierung auf dem Sessel des Technologie-Ministers, dessen einzige Aufgabe die Initiierung technischer Revolutionen und damit die gezielte Förderung des Großkapitals ist.

Das Progressivste, was sie SPD überhaupt tun kann, ist die *Erleichterung und des kapitalistischen Entwicklungsprozesses*, wodurch sie zugleich ihre historische Mission erfüllt, beim langwierigen Geburtsakt des Proletariats als politische Hebamme zu dienen. Diese Geburt fällt geschichtlich mit der kapitalistischen Epoche insgesamt zusammen.

Die SPD betreibt in der Regel die progressive Lösungsvariante sozialer Krisen, die im Gefolge der ökonomischen auftreten. Diese Lösung ist die fortschreitende Proletarisierung kleinbürgerlicher und berufsständischer Schichten. Wohingegen die christdemokratische Volksfront die Mittel- und Berufsstände weiter zu bornieren und das Proletariat zu embryonalisieren versucht.

Ein schlagendes Beispiel für die progressive Proletarisierungsmethode sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik war Helmut Schmidts Wahlversprechen, noch im Jahre 1977 den „Numerus clausus“ an den Hochschulen aufzuheben, damit also auch den Lehrstellenmarkt zu entlasten und dem schulischen Zensurenterror die Spitze zu brechen. Schmidts richtige und ganz im Sinne der mehrwerterzeugenden Arbeitnehmer liegende sozialpolitische Konsequenz war die Entkoppelung von Hochschulabschluß und höherer Laufbahnberechtigung mit Hilfe der bei Fall des „Numerus clausus“ in vier bis fünf Jahren zu erwartenden Akademikerinflation, die der Alptraum sowohl bayrischer Bildungspolitiker als auch linksreaktionärer Studenten, Referendare und Bildungsbeamter ist. Deren schließliche Niederlage ist so unver-

meidbar wie der Aufstieg des Proletariats zur parlamentarisch herrschenden Fraktion, also der SPD zur absoluten Mehrheit.

Die Politik der SPD entspricht ihrem sozialen Wesen, und das liegt unmittelbar darin, *Gewerkschaftspartei* zu sein. Das ökonomische Wesen der Gewerkschaften wiederum besteht in einem *Preiskartell der Arbeitskraftverkäufer*, also einer organisierten Absprache, die Arbeitskraft unter einem bestimmten Minimalpreis nicht zu vermieten. Die Revolution von 1918 war für die Gewerkschaften in dem Moment gewonnen, als der Rat der Volksbeauftragten die Kollektivverträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden als rechtsschöpferische Akte dekretierte, die von der Exekutive für allgemeinverbindlich zu erklären sind: das moderne Tarifvertragsrecht war geboren, die Gewerkschaften als *Verhandlungsbevollmächtigte aller Arbeitnehmer* anerkannt, damit, aber auch ihre politische Geschäftsführung, die SPD, als parlamentarische Arbeitnehmerfraktion ins Schußfeld der rechts- wie linksreaktionären Kräfte gerückt.

Nach der faschistischen Konterrevolution von 1933 mußten die Errungenschaften von 1918 im Jahre 1945 durch die tradeunionistischen Soldaten der westalliierten Armeen erobert werden, bevor sie im bürgerlichen Restdeutschland historisch gesichert waren.

Es versteht sich, daß *die Gewerkschaften wie ihre Partei sowohl antifaschistisch als auch antirevolutionär* sein müssen, weil ihre ökonomische Existenzgrundlage der Warencharakter der Arbeitskraft und somit der Kapitalismus ist. Die politischen und ideologische Überbausphäre, die sie zum Wachsen und Gedeihen brauchen, sind parlamentarische Demokratie und freie Bewußtseinsentfaltung. Die Aufhebung des Kapitalismus ist zugleich die Auflösung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, ebenso wie die bürgerliche Revolution von 1789 die Zünfte und die politischen Stände aufgelöst hat.

Seit die SPD sich nicht mehr zum Marxismus als Parteidoktrin bekennt, ist er in Westdeutschland stillschweigend zur allgemein praktizierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaft geworden, nur noch theoretisch von einigen beamteten Labermäusen bekämpft. Wer das nicht glaubt, möge doch versuchen, über Wirtschaft, Politik und gesellschaftliches Bewußtsein irgend etwas Vernünftiges und Zusammenhängendes zu sagen, ohne Marxsche Gedanken zu benutzen: es wird ihm nicht gelingen.

Der Aufstieg des Marxismus von der verstaubten offiziellen Parteidoktrin zur lebendigen inoffiziellen Staatswissenschaft des gereiftesten kapitalistischen Landes in Westeuropa hat naturgemäß den Konservativen im ideologischen Kampf taktische Vorteile gebracht, die SPD-Programmatiker jedoch zu fehlerhaften Abgrenzungen

verleitet. So wird z.B. im Orientierungsrahmen '85 vom „Irrtum der kommunistischen marxistisch-leninistischen Bewegungen“ gesprochen, welche Rede vom „Irrtum“ selber den Irrtum politisierender Kathedersozis darstellt, die ihr Versagen bei der Erforschung sozialer Bewegungsgesetze durch Programmidealismus kompensieren. Denn soziale Bewegungen sind nie irrtümlich, sondern gesetzmäßig.

Ferner ist nach Marx Kommunismus kein fernes Ideal, sondern nur das, was der Kapitalismus selber tagtäglich produziert, nämlich das Proletariat selbst, die Vergesellschaftung der Arbeit, die technischen Revolutionen, die Konzentration und Zentralisation der Kapitale und eine wachsende industrielle Reservearmee. Erste und einzige Pflicht eines Kommunisten im Marxschen Sinne ist also die *Sicherung, Beschleunigung und Erklärung der kapitalistischen Entwicklung*, weshalb die SPD auch kommunistischer handelt als der ganze Ostberliner KP-Gipfel zusammengenommen. Besonders irreführend ist die Rede von „marxistisch-leninistischen“ Bewegungen, weil dies

1. den eurasischen Schlaumeier und Macht-von-der-Straße-Aufsammler Lenin auf eine Stufe mit dem westeuropäischen Gelehrten, mathematisch-exakten Sozialwissenschaftler und deutsch-systematischen Denker Karl Marx stellt und
2. die eigene Parteitradition leichtfertig verleugnet, sie gewissermaßen nach Sibirien verbannt; denn so gewiß diese Tradition keine leninistische ist, so gewiß ist sie marxistisch.

Dem „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels zufolge sind Kommunisten sowieso nur der entschiedenste und weitertreibende Teil der bestehenden proletarischen Parteien und bilden ihnen gegenüber niemals eine besondere Partei; keine KP besteht also aus Kommunisten im Sinne des Manifests, vielleicht mit Ausnahme der italienischen KP, die eine wirkliche Gewerkschaftspartei ist.

Der dezidiert antirevolutionäre Kern der SPD, der auf den revolutionären Charakter der kapitalistischen Industrie baut, hat das deutsche Proletariat auf dem Weg zur parlamentarisch-politischen Herrschaft seit 1969 ein großes Stück vorangebracht und mit dem Kampf um mehr Demokratie gekoppelt. Ganz im Sinne des Manifests benutzt die SPD ihre politische Macht, um durch Staatsinterventionismus, Förderung des gemeinwirtschaftlich-genossenschaftlichen Komplexes und allgemeine Erhöhung der Staatsquote am Sozialprodukt *nach und nach der Bourgeoisie die Produktionsmittel aus der Hand zu nehmen*, andererseits Zentralisation und Wachstum der Wirtschaft zu beschleunigen, was wiederum Staatseinmischung herausfordert. Selbstverständlich fordert die SPD nicht mehr „den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ (MEW 4.493). Wozu auch! Nachdem die Bourgeoisie

- die Gewaltsamkeit der faschistischen Konterrevolution zur Konservierung aller bisherigen Gesellschaftsordnung angewandt hatte, mußte der friedliche Umsturz legitimiert werden: Artikel 14/15 Grundgesetz<sup>1</sup>.

Die Perspektive sozialdemokratischer Reformpolitik liegt auf der Hand: Wie die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise den Warencharakter der Arbeitsprodukte verallgemeinert, so auch den Personencharakter ihrer Produzenten; die Persönlichkeitsrechte werden sich immer mehr zu Rechten jedes einzelnen Individuums verbreitern. Die juristisch normierte unpolitisch durchgesetzte Unterscheidung des Arbeitnehmers als Person und als Ware, als Bürger und als Arbeitskraft, wird den Sektor der politischen Freiheiten endlich auch auf Betriebe und Institutionen ausdehnen und das politische Gewicht des Proletariats sprunghaft erhöhen, weil dann die *Vermietung der Arbeitskraft nicht mehr zugleich Suspendierung der Freiheiten der Person einschließt*, z.B. durch Verbot parteipolischer Betätigung am Arbeitsplatz.

Eines der wichtigsten Resultate der als Studentenbewegung bekannten liberalen Kulturrevolution von 1967/68 war die Durchsetzung einiger wichtiger Grundrechte in den meisten Universitäten, z.B. der Meinungs-, Versammlungs-, Organisations- und Plakatierungsfreiheit. Erst die allgemeine Durchsetzung dieser Grundrechte in Betrieben, Schulen und Behörden mittels einer sozialdemokratischen Massenbewegung, die vom großindustriellen Proletariat getragen wird, dürfte der SPD den Weg zur absoluten Wählermehrheit ebnen.

Gefahren drohen der SPD nicht nur von der Reaktion, sondern auch von ihren undisziplinierten Flügeln: Wenn DGB-Spitze rechts und Jusos links immer mal wieder das Recht auf Arbeit fordern, setzen sie eine krypto-revolutionäre und daher demagogische Parole in Umlauf, die weder die SPD noch sonst eine parlamentarische Partei verwirklichen kann. Illusionen schlagen auf ihre Macher wie auf ihre Dulder zurück.

Die andere prinzipielle Gefahr droht von allen gegnerischen Konzepten nach der Art der „Neuen Sozialen Frage“, die nichts weniger als den Versuch darstellen, die Lazarus- und Lumpenschichten der industriellen Reservearmee, den materiellen und den geistigen Pauperismus, gegen die aktive Arbeiterarmee zu mobilisieren. Dem kann man langfristig nur durch *Organisierung der industriellen Reservearmee und*

---

<sup>1</sup> Artikel 14 des Grundgesetzes für die BRD vom 23. Mai 1949 erklärt die Enteignung für zulässig, wenn sie aus dem Titel des „Wohles der Allgemeinheit“ erfolgt. Artikel 15 legt fest, daß die Überführung in „Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft“ möglich ist betreffend „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmitteln“. - Anm. d. Red.

*ihre Vereinigung mit der gewerkschaftlichen Organisation* der aktiven Arbeitnehmer in einem sozialen Verband der proletarischen Gesamtklasse zuvorkommen. Damit Partei und Gewerkschaften das begreifen, brauchen sie wohl noch einige Niederlagen.